



Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017

Zusammenstellung der Antworten



Fragebündnis Bundestagswahl 2017

Themenfeld Umwelt/Naturschutz
Fragen der BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont

1. Glyphosatverbot: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland in der EU für ein Verbot des wahrscheinlich krebserregenden Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat eintritt?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Solange die wissenschaftliche Grundlage unklar ist, halte ich das Verbot für Unsinn.



Jutta Krellmann (Die Linke)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat wollen wir sofort verbieten. Der "Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz" soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Senkung von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden



Ute Michel (B 90/Grüne)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Keine



Michael Vietz (CDU)

ja kein Kreuz* nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Wenn man wissenschaftliche Beiräte und Institute beschäftigt, die das Risiko unterm Strich als nicht bedeutend betrachten, dann sollte man auch darauf hören. Wenn diese Einrichtungen zu dem Schluss kommen, dass die Risiken zu hoch sind, dann unterstütze ich Verbote. Kommen sie zu einem anderen Schluss, dann nicht.



Johannes Schrapf (SPD)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Vor dem Hintergrund nach wie vor bestehender Unsicherheiten über die gesundheitlichen Risiken von Glyphosat halte ich die Verlängerung der Zulassung dieses Pestizids für falsch.

Informationen im Internet unter:

http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

oder bei Facebook

<https://www.facebook.com/umweltnachrichten.hameln/>

2. **Freihandel:** Werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, dass das Handelsabkommen CETA nicht ratifiziert wird, um die stark kritisierten Schiedsgerichte zu verhindern?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Ich habe in der Praxis mit den Schiedsgerichten positive Erfahrungen, wie auch die ganz überwiegende Mehrheit deutscher Unternehmen.



Jutta Krellmann (Die Linke)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir werden uns weiter allen Handels- und Investitionsabkommen widersetzen, die Verschlechterungen der Rechte der Beschäftigten, im Verbraucher-, Umwelt, und Klimaschutz und beim Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Förderung von Kulturgütern bedeuten. Schiedsgerichte sind undemokratisch und nutzen nur Unternehmen.



Ute Michel (B 90/Grüne)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Keine



Michael Vietz (CDU)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Ich halte Freihandelsabkommen, nicht nur CETA und TTIP, für einen wesentlichen Beitrag, mit dem wir zum einen unseren eigenen Wohlstand sichern sowie zum anderen auch für eine bessere weltweite Entwicklung – nicht nur der Wirtschaft – sorgen

Wenn wir zurückdenken, waren sowohl der Deutsche Zollverein als auch die frühe Europäische Gemeinschaft im Wesentlichen Freihandelszonen, die letztendlich auch zu vielen positiven politischen Entwicklungen führten.

Zu den Schiedsgerichten: Zum einen sind sie eine deutsche Erfindung im Rahmen der Investitionsschutzabkommen, zum anderen gibt es sie sehr erprobt auf vielen staatlichen und überstaatlichen Ebenen. Weiterhin wird die Anzahl der vor Schiedsgerichten verhandelten Fälle in der breiten Öffentlichkeit überschätzt. Ich gehe aber davon aus, dass sich auf längere Sicht internationale Handelsgerichtshöfe etablieren werden, wenn protektionistisches Denken dies nicht blockiert.



Johannes Schraps (SPD)

ja **jein**

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Dies ist aus meiner Sicht keine Frage, die man mit ja oder nein beantworten kann. Man kann gegen Schiedsgerichte sein, muss deshalb CETA aber nicht kategorisch ablehnen. Ich halte Freihandelsabkommen prinzipiell für gute Instrumente, um unsere Möglichkeiten Handel zu betreiben zu erleichtern. Dabei kommt es aber auf die Ausgestaltung an. Ich kenne das CETA-Abkommen nicht derart im Detail, um das eindeutig bewerten zu können. Ich halte jedoch Freihandelsabkommen, die viele sehr unterschiedliche Bereiche vereinen für eher fragwürdig. Handelsabkommen sind aus meiner Sicht Aushandlungsprozesse. Und die sollte man dort beginnen, wo man nah beieinander ist. In diesen Bereichen kann man gemeinsame Standards umsetzen und so seine Handelsbeziehungen vertiefen. Schiedsgerichte halte ich ebenso prinzipiell für schwierig, weil juristische Entscheidungen zu Handelsfragen nach meinem Dafürhalten in internationalen juristischen Institutionen entschieden werden sollten und nicht mit halbprivaten, undurchsichtigen Schiedsgerichten.

3. Kohleausstieg: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland den Kohleausstieg 2018 beschließt und sozial verträglich schnellstmöglich verbindlich umsetzt?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

keine

ja

- ggf. kurze Bemerkung –

nein



Jutta Krellmann (Die Linke)

Wir wollen einen zügigen und sozial abgedeckten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der EU-Emissionshandel hat versagt. Wir fordern ein nationales Kohleausstiegsgesetz. Der Schrittweise Kohleausstieg soll 2018 beginnen und spätestens 2035 abgeschlossen sein. Der Strukturwandel darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordern wir einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen

ja

- ggf. kurze Bemerkung –

nein



Ute Michel (B 90/Grüne)

keine

ja

- ggf. kurze Bemerkung –

nein



Michael Vietz (CDU)

Über kurz oder lang werden wir auch aus der Nutzung der Kohle in der Energiegewinnung aussteigen. Ein konkretes Zeitfenster vermag ich dazu nicht nennen. Bei allen „Ausstiegen“ und „Umstiegen“ müssen wir auch darauf achten, dass wir sowohl unsere Bevölkerung als auch unsere Wirtschaft nicht überfordern und ihnen direkte und indirekte Kosten aufbürden, die unsere Wettbewerbsfähigkeit noch mehr belasten. Am Ende des Tages werden wir auch nur dann eine umweltfreundlichere und –gerechtere Gesellschaft verwirklichen können, wenn wir es uns auch leisten können. Gerade wenn es um die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung geht

ja **kein Kreuz*** nein

- ggf. kurze Bemerkung –



Johannes Schraps (SPD)

Ich halte es aus Gründen des Klimaschutzes für wichtig, den Kohleausstieg voranzutreiben. Es ist aber tatsächlich sehr wichtig, bei der Umsetzung die Sozialverträglichkeit des Ausstiegs im Blick zu haben.

ja

- ggf. kurze Bemerkung –

nein

4. **Biotopverbund:** Werden Sie sich dafur einsetzen, dass mit konkreten finanziellen hinterlegten Programmen weiter Wildnisgebiete/Naturerbewaldler und Biotopverbunde (grunes Band, blaues Band) initiiert und dauerhaft fur die Natur gesichert werden?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

keine

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -



Jutta Krellmann (Die Linke)

Natur, Umwelt und Klima sind offentliche Gueter und unsere Lebensgrundlage, die es zu schutzen gilt. Wir wollen ein lnderubergreifend zusammenhangender Biotopverbund und das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ auf mindestens 50 Mio. Euro jhrlich aufstocken.

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -



Ute Michel (B 90/Grüne)

keine

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -



Michael Vietz (CDU)

Grundsatzlich bin ich dafur, wo sinnvoll, auch weitere solcher Gebiete zu unterstutzen. Nichtsdestotrotz haben wir hier auch auf einen Ausgleich von Mensch und Natur zu achten, so dass wir am Ende auch noch genug Flachen zum Leben und Arbeiten zur Verfugung haben.

ja **kein Kreuz*** nein

- ggf. kurze Bemerkung -



Johannes Schraps (SPD)

keine

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

5. Klimaschutz: Werden sie sich für eine Streichung von klimaschädlicher Subventionen, konkret die Vergünstigungen für Dieseldienstwagen, hochpreisige Dienstwagen und den Flugverkehr einsetzen?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

ja **nein**

- ggf. kurze Bemerkung –

Generell ja, aber immer orientiert am Einzelfall und nicht mit Pauschalurteilen und Neid

Debatten



Jutta Krellmann (Die Linke)

ja **nein**

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.



Ute Michel (B 90/Grüne)

ja **nein**

- ggf. kurze Bemerkung –

keine



Michael Vietz (CDU)

ja **nein**

- ggf. kurze Bemerkung –

Auch hier gilt, dass die Erfordernisse von Mensch und Natur in Ausgleich zu bringen sind. Wobei mir bei den genannten Beispielen die Dienstwagen relativ egal wären.



Johannes Schrapf (SPD)

ja **nein**

- ggf. kurze Bemerkung –

keine

6. Massentierhaltung: Werden sie sich für einen konsequenten Subventionsstopp für Massentierhaltungsanlagen und Großschlachthöfe einsetzen?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Auch hier orientiert an konkreten Fällen und nicht pauschal



Jutta Krellmann (Die Linke)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen eine Nutztierhaltung die flächengebunden, auf einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. Wir wollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einführen und Formen der Nutztierhaltung mit quälenden Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika verbieten. Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden



Ute Michel (B 90/Grüne)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Stattdessen finanzielle Förderung von Umweltschutz und Tierwohl als neue Einkommensmöglichkeiten für Bäuerinnen und Bauern, Haltungskennzeichnung für alle tierischen Produkte und gesetzliche Tierschutzstandards.



Michael Vietz (CDU)

ja kein Kreuz* nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Das Hauptaugenmerk sollte auf der Qualitätskontrolle und die Lebensumstände der Tiere liegen. Grundsätzlich wollen wir alle sowohl bezahlbare wie auch qualitativ gute Nahrung.



Johannes Schrapf (SPD)

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

keine

7. Nennen Sie **ein** weiteres, Ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Umwelt/Naturschutz:



Klaus Peter Wennemann (FDP)

Umwelt- und Naturschutz muss mit Menschen und für Menschen gemacht werden und ist keine Ideologie.



Jutta Krellmann (Die Linke)

AKW Grohnde endlich stilllegen! Grundwasser vor Verunreinigung durch Nitrat schützen!



Ute Michel (B 90/Grüne)

Sichere Lagerung des Atommülls



Michael Vietz (CDU)

Mein wichtigstes Anliegen ist, dass wir bei allen Anstrengungen zu Umwelt- und Naturschutz die Bedürfnisse der Menschen nicht vergessen!



Johannes Schrapf (SPD)

Weserversalzung – deutliche Positionierung gegen massive Einleitung von Kali-Abwässern in die Weser.

.....
*Michael Vietz: Bei so mancher Frage sehe ich mich nicht in der Lage zu einem klaren Ja oder nein zu antworten, da die Welt bekanntermaßen selten so schwarz-weiß ist und ich nicht jede Beschreibung der Ausgangslage der Frage so teile.

Eine Aktion des Fragebündnisses zur Bundestagswahl 2017



Koordinierung.: Ralf Hermes, BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont, Berliner Platz 4,
31785 Hameln

Mail: bund.hameln-pyrmont@bund.net